

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Naturwissenschaftliche Fakultät III
Institut für Informatik

Seminar

Informatik und Gesellschaft

Sommersemester 2018

geleitet durch Prof. Dr. Paul Molitor

Dystopie eines totalitären Überwachungs- und Präventionsstaates im digitalen Zeitalter

Maximilian Wolfgang Hummel & Felix Schönheit

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
2	Definitionen	3
3	George Orwell – 1984	4
4	Internationale Beispiele	5
4.1	Aadhaar-Datenbank in Indien	5
4.2	Punktesystem in China	7
4.3	NSA-Affäre	9
5	Überwachung innerhalb Deutschlands	10
5.1	Großer Lauschangriff	10
5.2	Vorratsdatenspeicherung (VDS)	11
5.3	Bundestrojaner	11
5.4	BND-Gesetz	12
5.5	Weitere Methoden	12
6	Zusammenfassung	13
7	Quellenverzeichnis	15

Gender-Hinweis: Die weibliche Form ist der männlichen Form in dieser Arbeit gleichgestellt; lediglich aus Gründen der Vereinfachung wurde die männliche Form gewählt.

Überarbeitung durch den Dozenten: Der vorliegende Text entspricht im Wesentlichen dem ursprünglichen durch Herrn Maximilian Wolfgang Hummer und Herrn Felix Schönheit erstellten Bericht. Der Dozent hat lediglich (die sehr wenigen) Schreib- und Kommatafehler korrigiert und einige Formatierungen angepasst.

1 Einleitung

Stellen Sie sich vor, Sie wachen eines Morgens in einer Welt auf, die komplett anders und doch gleich zu der Ihnen bekannten ist. Sie stehen wie jeden Morgen auf, gehen ins Bad, machen sich für die Arbeit fertig und betreten im Anschluss die Küche für das Frühstück. Anders als gewohnt steht in dieser jedoch schon alles komplett vorbereitet für Sie bereit. Dies ist jedoch nicht das einzige Ungewöhnliche an diesem Morgen. Es besteht ein beständiges Gefühl, als würde Ihnen jemand über die Schulter schauen und alles überwachen, was Sie machen. Und dabei wohnen Sie alleine in Ihrer Wohnung. Als Sie die Wohnung verlassen, um sich auf den Weg zur Arbeit zu machen, merken Sie endlich, was nicht stimmt. Überall wurden Kameras installiert. Sie hängen an jeder Laterne und an jeder Ecke. Es gibt keinen Raum, der nicht überwacht wird. Sie flüchten sich wieder in das Innere der Wohnung und stellen nun auch hier fest, dass überall kleine Kameras hängen.

Diese kurze Vorstellungsübung zeigt schon ein Extremum. Wie eine Welt aussehen kann, in der die totale Überwachung stattfindet. Es wurden dabei viele andere Punkte nicht betrachtet, welche teilweise heute schon verwendet werden oder oft in Zukunftsversionen anzutreffen sind. In dieser Arbeit werden einige dieser Punkte aufgegriffen und diskutiert. Im ersten Teil werden dabei grundlegende Begriffe definiert und erklärt, die im Verlauf der Arbeit immer wieder direkt oder indirekt auftreten. Im Anschluss werden drei internationale Beispiele vorgestellt und besprochen. Der dritte Teil betrachtet die Situation innerhalb Deutschlands und wie die Bürger dort überwacht und oder mittels Überwachungsmaßnahmen vor Gewalttaten geschützt werden. Zum Schluss erfolgt eine abschließende Diskussion des Themas und wie es in den Schulunterricht integriert werden kann. Zum Ende der jeweiligen (Unter-)Kapitel erfolgt jeweils eine kurze Auswertung der Diskussionen, welche während des Vortrages zustande gekommen sind.

2 Definitionen

Um das Thema besser verstehen zu können, sollten ein paar Begriffe vorher definiert werden. Zuerst ist es die Dystopie, dabei handelt es sich um eine negative Sicht auf die Zukunft bzw. eine negative Vorstellung von der Zukunft und stellt somit das Gegenteil zur Utopie dar (vgl. Dudenredaktion 2018). Ebenfalls wichtig ist das Wort totalitär, welches aussagt, dass eine Gruppe oder eine Person die gesamte Macht über ein Land oder Gebiet besitzt. Die Demokratie wird durch diktatorische Mittel unterdrückt. Die

Macht wird dabei durch Gewalt gestützt (vgl. Dudenredaktion 2018). Weiterhin ist es wichtig zu wissen, was ein Überwachungsstaat ist. In ihm ist die Privatsphäre auf ein Minimum beschränkt, da jegliche Aktivitäten der Bürger überwacht werden (vgl. Dudenredaktion 2018). Der Präventionsstaat stellt eine Weiterentwicklung zum Überwachungsstaat dar. Dort ergreift der Staat Präventivmaßnahmen gegenüber Bürgern, um zu verhindern, dass diese sich unerwünscht verhalten. Dafür nutzt der Staat die aus der Überwachung gewonnenen Informationen (vgl. Denninger 2002).

3 George Orwell – 1984

Der Roman „1984“ wurde 1948 veröffentlicht und gehört mittlerweile zu den Klassikern der Literatur. In der Dystopie eines totalen Überwachungsstaates betrachtet George Orwell, der Autor des Buches, vor allem die gesellschaftliche Entwicklung seiner Zeit und beleuchtet diese kritisch. Besonders die faschistischen Diktaturen unter Stalin, Hitler und Mussolini, sowie die Überwachung und Verfolgung einzelner Personengruppen beeinflussen das Werk (vgl. Herforth 2009). Der Roman ist in drei Hauptteile unterteilt: Im ersten Teil des Buches geht es vor allem um die Gesellschaft im totalitären Oceania nach einem Atomkrieg. Der Führer Big Brother und seine Partei Ingsoc kontrollieren England. Sie überwachen dabei jede einzelne Person, sowohl im öffentlichen Bereich als auch im privaten. Das „Ministerium für Wahrheit“ spielt neben der Überwachung ebenfalls eine wichtige Rolle. Es verändert Fakten, vereinfacht die Sprache und vernichtet Informationen, die schädlich für die Regierung sind. Unter anderem werden Zeitungsartikel und andere Schriftstücke „korrigiert“. Winston Smith, die Hauptfigur, arbeitet innerhalb dieses Ministeriums. Er zweifelt jedoch an dem System und beginnt Tagebuch zu schreiben, was verboten ist, da eigene Gefühle und Gedanken nicht erlaubt sind. Im zweiten Teil ist die Beziehung von Winston und Julia im Mittelpunkt des Geschehens. Es handelt sich dabei auch um eine Verschwörung gegen „das System“. Die Beziehung der Beiden bleibt nicht lange unbemerkt und sie werden daraufhin festgenommen. Im letzten Teil erfolgt die Umerziehung von Winston und Julia zu systemtreuen Untertanen (vgl. Herforth 2009).

Interessant ist, dass das Buch nach der Vereidigung von Donald Trump zum Präsidenten wieder auf die Bestsellerliste gerutscht ist. Ein Grund dafür könnte sein, dass unter der Regierung von Trump das eine oder andere Mal Fakten so hingedreht worden sind, wie sie am vorteilhaftesten für seine Regierung waren. So hat zum Beispiel der ehemalige Sprecher des Weißen Hauses, Sean Spicer, gesagt, dass niemals zuvor

so viele Menschen bei der Amtsvereidigung des Präsidenten anwesend waren. Diese Aussage kann jedoch leicht mittels verschiedener Bilder widerlegt werden. Trumps Beraterin Kellyanne Conway äußert sich dazu später und meinte, dass er nur „alternative Fakten“ verwendet habe (vgl. Lindner 2017). Des Weiteren sollte auch erwähnt werden, dass das Wort „postfaktisch“ das Wort des Jahres 2016 wurde. Der anfangs doch recht unbekannte Begriff des „postfaktischen“, wurde schnell zum Ausdruck unserer Zeit. Seine besondere aktuelle Bedeutung, und wieso er so gut zur Thematik von Georg Orwells Roman „1984“ passt, wird deutlich, wenn wir seine Definition betrachten. Der Duden gibt folgende Definition: „Zu einer Entwicklungsstufe gehörend, in der die Bedeutung von Tatsachen stark abnimmt; unabhängig von Wahrheitsgehalt oder Realität“ (Dudenredaktion o.J.). Anders ausgedrückt bedeutet es, dass „Fakten“ keine verlässliche Grundlage mehr für Meinungen und Auseinandersetzungen sind. Sie werden den eigenen Interessen und Vorstellungen gemäß angepasst, um die eigene Meinung zu unterstreichen und glaubhaft darzustellen. Das Anpassen von Fakten findet man heutzutage häufig vor. Gerne werden Falschaussagen und Behauptungen unbeteiligter Dritter weiterverbreitet, wenn sie die eigene Meinung vertreten, auch wenn einem bewusst ist, dass sie nicht unbedingt den Tatsachen entsprechen. Nichts anderes hat auch das „Ministerium für Wahrheit“ gemacht. Es hat die Fakten so hingedreht, dass sie regierungsfreundlich waren. Durch die gezielte Kontrolle von Informationen und Kommunikationen, erfolgt eine komplette Kontrolle der Bürger.

4 Internationale Beispiele

4.1 Aadhaar-Datenbank in Indien

In Indien gab es regional viele verschiedene Möglichkeiten, sich als Staatsbürger auszuweisen. Es reichten teilweise nur Führerscheine, Wahlberechtigungen oder Rationskarten für Lebensmittel aus, um die Identität einer Person zu bestätigen. Um eine zentrale und einheitlich standardisierte Erfassung von über einer Milliarde Bürgern zu realisieren, wurde im Jahr 2009 die Aadhaar-Datenbank vom Staat eingeführt, in der man sich „freiwillig“ registrieren kann. Das hindische Wort Aadhaar bedeutet übersetzt so viel wie Fundament, Grundlage oder auch Unterstützung (vgl. n-tv.de 2016). Sie soll dazu dienen, den Betrug beim Erhalt von Lebensmittelrationen zu umgehen und Korruption einzuschränken. Nachdem Stand von 2016 wurden mittlerweile 93 % der Inder erfasst (vgl. n-tv.de 2016).

Welche Daten werden genau erfasst und was sind die Vorteile? In der Datenbank werden der Name, Geburtsort, -datum, alle Fingerabdrücke, biometrisches Foto und ein Iris-Scann erfasst und abgespeichert. Nach der Registrierung erhält man eine Chipkarte und eine Nummer. Nach der Registrierung ist es nun möglich, sich individuell auszuweisen. Es ist nun möglich, eine genaue Zuteilung von Lebensmittelrationen vorzunehmen, was davor nicht möglich war. Des Weiteren ist sie mittlerweile Voraussetzung geworden, um Bankgeschäft durchzuführen oder überhaupt ein Konto eröffnen zu können. Außerdem soll dadurch auch garantiert werden, dass jedes Kind eine Schulbildung bekommt und vom Staat erfasst wird. Für viele IT-Firmen besteht der Vorteil, Bezahlsysteme mit Fingerabdruck oder dem Scan der Iris zu entwickeln, weil ihnen durch Aadhaar eine Unmenge an Daten bereit stehen.

Doch worin bestehen die negativen Aspekte? Der indische Bürger wird immer stärker zum gläsernen Menschen. Neben den oben genannten Daten wird gerade begonnen, verschiedene andere Informationen mit einzubinden. Unter anderem wird darüber diskutiert, ob eine Verknüpfung der Bank- und Gesundheitsdaten mit der Datenbank stattfinden soll. Somit wären alle wichtigen Informationen an einem zentralen Ort gespeichert. Das System ist aber im Großen und Ganzen noch sehr anfällig gegenüber Hackern. Es ist möglich, einen Hacker für umgerechnet 6 Euro zu engagieren, welcher einen in die komplette Datenbank bringt und Daten entnehmen und verändern kann. Die indische Regierung bestreitet dieses jedoch vehement und geht strikt gegen Kritiker vor (vgl. Kaiser 2018). Auch die Tatsache, dass die Anmeldung in der Datenbank verpflichtend werden soll, um überhaupt eine gewisse Grundversorgung zu bekommen, ist von Datenschützern grundsätzlich nicht gern gesehen. Daneben gibt es allerdings auch praktische Probleme und Hemmnisse bei der Anwendung der Datenbank. So gibt es oft Schwierigkeiten mit dem Fingerabdruckscanner, welcher aber notwendig ist, um sich komplett zu identifizieren. Aus diesem Grund haben einige Menschen schon seit längerer Zeit keine Grundration mehr bekommen und müssen hungern. In der Stadt Hyderabad ist es mittlerweile sogar Voraussetzung, um in Bars zu gelangen oder Alkohol zu kaufen. Wer nicht registriert ist, wird perspektivisch nicht am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Aadhaar-Datenbank in ihren Grundzügen stark dem elektronischen Personalausweis ähnelt, der ebenso Biodaten sammelt. Auf Grund dessen, dass Indien ein riesiges Flächenland ist, wird es schwierig alle Ein-

wohner zu erfassen. Der Anspruch von Aadhaar, allen Einwohnern einen gleichberechtigten Zugang zu staatlichen Systemen und Strukturen zu gewähren, hängt davon ab, ob die Datenbank in diesem flächendeckenden Ausmaß eingeführt werden kann. Die zentrale Erfassung aller Einwohner bringt denen Vorteile, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Durch Probleme bei der Vereinbarkeit von Soft- und Hardware, ist dieser Anspruch jedoch noch nicht voll umsetzbar.

4.2 Punktesystem in China

In der britischen Science-Fiction-Serie „Black Mirror“ werden verschiedene Utopien als auch Dystopien aufgegriffen, welche durch die vermehrte Nutzung von Medien und Techniken in unserer Gesellschaft hervorgerufen werden können. In der dritten Staffel wird in der Folge „Abgestürzt“ ein Punktesystem vorgestellt. Dieses System bewertet nicht etwa Gegenstände oder Häuser, sondern Menschen erhalten Punkte. Für ihr soziales Umfeld, hochgeladenen Fotos oder ihr Benehmen in der Öffentlichkeit. Sie werden nach ihrem sozialen Nutzen bewertet. Je mehr Punkte jemand besitzt, desto bessere Jobs kann er erhalten oder bekommt Vergünstigungen für Wohnungen. Das Level an Punkten bestimmt das Maß der gesellschaftlichen Teilhabe eines Individuums.

Was nach der Inszenierung einer Serienproduktion klingt, muss in echt keiner fernen Zukunft angehören, sondern wird in China Realität werden. In einigen Regionen des Landes finden die ersten Pilotprojekte statt, ab 2020 soll die flächendeckende Einführung des Bürgerbewertungssystems durchgeführt werden. Die Pilotprojekte dienen der Erprobung der technischen Mittel und sollen die Bevölkerung an diese Struktur heranzuführen. Es soll bei der Einführung Widerstand in der breiten Bevölkerung verhindert werden. Die Erfahrung aus den Pilotregionen zeigt allerdings, dass die Mehrheitsbevölkerung offenbar wenig Protest gegen dieses Programm aufbringt.

Wie funktioniert das System im Allgemeinen? Im Jahr 2020 bekommt jeder Bürger, welcher 18 Jahre alt ist, 1000 Punkte gutgeschrieben. Diese sind der Grundbaustein für jeden, wodurch man ein Bürger der Stufe A wird. Insgesamt gibt es sechs verschiedene Klassifizierungen: Die höchste ist AAA (ab 1300 Punkte), dann kommen AA (noch nicht definiert), A (1000 - noch nicht definiert), B (999 -860 Punkte), C (600 – 859 Punkte) und D (weniger als 600 Punkte) (vgl. Landwehr 2018).

Was beeinflusst dieses Ranking? Wofür werden Punkte vergeben und abgezogen? Im Allgemeinen kann gesagt werden, dass „gutes“ Verhalten belohnt wird und

„schlechtes“ bestraft. Anfangs geht dabei vor allem das Einkaufsverhalten in die Bewertung mit ein. Werden vorwiegend zum Beispiel gesunde Nahrungsmittel gekauft und wenig Junkfood, so kann dies über einen längeren Zeitraum honoriert werden. Zu viel Fastfood kann im Umkehrschluss zu einem erheblichen Punkteabzug führen. Auch die Internetpräsenz und die Nutzung des PCs haben Auswirkungen. Starker und häufiger Konsum von Pornos oder regelmäßiges und langes Spielen am Rechner ziehen Punkte ab. Selbst soziale Kontakte und das öffentliche Auftreten werden mit einbezogen. Unter anderem führen schlechte Umgangsformen dazu, dass man schwieriger an Punkte kommt. Ein unangebrachtes Verhalten in der Öffentlichkeit kann sogar erhebliche Einbrüche mit sich ziehen. Der persönliche Punktescore wird soweit verringert, dass dieser zwischen 600 und 859 liegt und somit auf die Stufe C herunterrutscht. Durch Spenden kann jedoch schneller innerhalb der Ränge aufgestiegen werden. Für 1000 CNY, was umgerechnet ca. 7,66 Euro entspricht, werden fünf Punkte gutgeschrieben. Soll zum Beispiel nur durch das Bezahlen von Geld von Rang C auf Rang A gewechselt werden, so müssen zwischen 216,01 Euro bis zu 612,80 Euro gezahlt werden. Das durchschnittliche Monatsgehalt in China entspricht dabei jedoch nur ca. 5630,75 CNY, was ca. 722 Euro entspricht (vgl. statista 2018). Es wird der breiten Bevölkerung schwierig sein, in diesem System einen Rang aufzusteigen, wenn sie sich nicht mit dessen Einführung als „hörig“ erweisen.

Welche positiven und negativen Folgen bringt einem der persönliche Score?

Besitzt man relativ viele Punkte, so kann es Vergünstigungen bei Rechnungen oder dem Schulgeld der Kinder geben. Die Chancen eingestellt oder innerhalb des Betriebes befördert zu werden, erhöhen sich mit dem Score. Eine Person ist auch im sozialen Umfeld besser angesehen. Die Punkte sind sozusagen ein sozialer SCHUFA. Wer viele Punkte hat, hat es einfach, und bei wenigen Punkten wird es schwer. Bei einem niedrigen Punktestand sind die Aussichten, einen Job zu bekommen oder ihn zu behalten, eher gering. Er kann dazu führen, dass mehr für die Wohnung oder die anfallenden Rechnungen bezahlt werden müssen. Kindern kann es sogar verwehrt werden, auf eine bestimmte Zeit zur Schule zu gehen, wenn ihre Eltern nicht den entsprechenden Rang haben. Selbst das Reisen gestaltet sich dann schwerer. Personen mit wenig Punkten kann sogar verwehrt werden zu reisen, weil sie sich kein Zug- oder Flugticket kaufen dürfen. Sie sind somit teilweise an den Ort gebunden, in dem sie gerade leben.

Alles im allem wird deutlich, dass dieses Punktesystem dazu dienen soll, die perfek-

te Bevölkerung zu erziehen. Diese ist systemkonform und verhält sich im Auge des Staates angemessen. Jeder kleine Aufruhr könnte schnell erkannt und beendet, Gegner der Regierung mundtot gemacht werden. Die Beeinflussung in der persönlichen Entwicklung ist dadurch sehr deutlich zu spüren. Die Frage ist, wie manipulativ dieses System ist und wie so viele Menschen auf einmal bearbeitet werden sollen. Besonders der manipulative Aspekt wirft einige Fragen auf. Wie soll das System umgesetzt werden? Wird alles von Algorithmen bearbeitet, eingetragen und verändert oder steuern Menschen diese Vorgänge? Wie anfällig ist das System gegenüber Korruption und was wird gemacht, wenn zu viele Punkte der falschen Person abgezogen oder der falschen Person gutgeschrieben wurden? Leider konnte diesbezüglich nichts Genaueres gefunden werden und wird sich daher vermutlich erst klären, wenn das Programm läuft und die Bewohner des Landes eingestuft werden.

4.3 NSA-Affäre

Im Juni 2013 veröffentlichten der Guardian und die Washington Post verschiedene Geheimdokumente der US-amerikanischen Regierung. Zugespielt wurden ihnen diese Dokumente vom damals gerade fliehenden Geheimdienstmitarbeiter und Whistleblower Edward Snowden. Er flüchtete aus den USA nach China, weiter nach Südamerika, beantragte weltweit Asyl und lebt seitdem im russischen Exil. Es wurden vor allem Geheiminformationen des amerikanischen Auslandsgeheimdienstes National Security Agency, kurz NSA, und des britischen Nachrichtendienstes Government Communications Headquarters, kurz GCHQ, sowie einiger Partnerdienste veröffentlicht. In diesen Dokumenten ging es vorrangig um die Überwachung der elektronischen Kommunikation. Das heißt Nachrichten, welche von einem Handy, PC oder Laptop gesendet wurden, sind massenhaft mitgelesen und analysiert worden.

Wer war davon überhaupt betroffen? Es könnte gesagt werden, dass es alle und jeden getroffen hat, der nur ansatzweise verdächtigt wirkte oder im Internet Metadaten hinterließ. Unter anderem sind 122 Regierungschefs, alle Bürger der USA, der Telekommunikationsanbieter Belgacom, welche das EU-Parlament und die EU-Kommission als Kunden hat, die Weltbank oder auch nur Personen, die sich über den Tor-Netzwerk informiert haben überwacht, womit nur ein kleiner Teil der Länder und Institutionen benannt sind, die tatsächlich betroffen waren (vgl. Beuth 2013). An dem Skandal waren vor allem die USA und Großbritannien beteiligt, aber auch Länder wie Kanada,

Australien, Neuseeland, Deutschland, Schweden, Frankreich, Belgien, Japan oder Südkorea. Die einzelnen Länder waren jedoch unterschiedlich stark involviert (vgl. Beuth 2013).

Welches System steckt hinter der Überwachung? Der ehemalige Direktor der NSA Keith B. Alexander sagte in diesem Zusammenhang: „Man braucht den Heuhaufen, um darin die Nadel zu finden.“ (Alexander o.J; zit. n. Steinschaden 2014). Es sollen also erst mal ganz viele Daten gesammelt werden, egal ob sie relevant sind oder nicht. Das entspricht dem Heuhaufen. Im Anschluss werden die Daten ausgewertet und kategorisiert, ob sie wichtig oder unwichtig sind. Sollte etwas Wichtiges oder sogar Bedrohliches gefunden werden, so ist dies die gesuchte Nadel. Durch diese Methode sollen potenzielle Terroristen oder auch Kriminelle gefunden und unschädlich gemacht werden. Dass dabei viele unwichtige und gänzlich irrelevante Informationen gesammelt werden, ist erst einmal nebensächlich. Teilweise wurde dieses System jedoch auch für politische oder wirtschaftliche Zwecke verwendet und somit der eigentlichen Aufgabe zweckentfremdet. Im Allgemeinen kann vermutlich gesagt werden, dass der Grundgedanke der Überwachung positive Erwartungen hatte. Sie stehen jedoch in keinem Verhältnis und greifen viel zu stark in die Privatsphäre einer jeden Person ein. Besonders interessant ist auch der Punkt, dass 122 Staatschefs, darunter Angela Merkel, überwacht wurden. Die Frage, welche sich da unweigerlich stellt: Warum? Welche Gefahr sollte von ihnen ausgehen, dass sie abgehört werden müssen? Dies sind ganz klar keine Selbstschutzmaßnahmen mehr, sondern reine politische Maßnahmen zur Informationsgewinnung.

5 Überwachung innerhalb Deutschlands

5.1 Großer Lauschangriff

Das wahrscheinlich bekannteste Gesetz zur legalen Überwachung innerhalb Deutschlands ist allgemein bekannt unter dem Namen „Großer Lauschangriff“. Dieses Gesetz ermöglichte nach der ursprünglichen Fassung vom 26.3.1998, dass Staat und Polizei bei der Strafverfolgung Gespräche in der Wohnung des zu Verfolgenden durch technische Hilfsmittel aufzeichnen dürfen. Am 03.03.2004 wurde dieses Gesetz zum Großteil als verfassungswidrig erklärt und sollte bis zum 30.06.2005 verändert werden. Diese Anpassung trat dann am 24.06.2005 in Kraft und veränderte die Bedingungen so, dass

nur bei besonders schweren Straftaten (mindestens 5 Jahre Freiheitsentzug) die Überwachung erlaubt ist und auch nur, wenn diese die einzige Option ist, um gewisse Ziele ohne besondere Erschwernisse zu erreichen. Außerdem darf der überwachte Bereich nicht den absoluten Kernbereich darstellen, falls dies doch der Fall sein sollte, dann müssen diese Informationen vernichtet und die Überwachung abgebrochen werden (vgl. Dudenredaktion 2015).

5.2 Vorratsdatenspeicherung (VDS)

Durch das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung dürfen Daten (hauptsächlich Kommunikationsdaten, explizit Verbindungs- und Standortdaten) auf Vorrat gespeichert werden, damit jeder Zeit darauf zugegriffen werden kann, um Verbrechen besser aufklären zu können. Die erste Version mit der Bezeichnung „Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG“ trat 2008 in Kraft, da dies die EU seit 2006 von allen Mitgliedsstaaten verlangt (vgl. o.A. o.J.). In dieser ersten Version sollten die Provider Kommunikations- und Standortdaten für ca. sechs Monate speichern. Im März 2010 wurde dieses Gesetz dann als verfassungswidrig erklärt. In der aktuellen Version dieses Gesetzes, welches 2015 in Kraft trat, sollen die Provider die Kommunikations- und Standortdaten für vier bzw. zehn Wochen speichern. Jedoch hat die Bundesnetzagentur das Gesetz am 28. Juni 2017, zwei Tage bevor die Provider die VDS umsetzen sollten, ausgesetzt, da auf eine richterliche Entscheidung abgewartet werden sollte, ob dieses Gesetz wieder verfassungswidrig ist oder nicht. Bis zum 21. Juli 2018 wurde noch kein Ergebnis zu diesem Thema erzielt. Dazu sollte auch erwähnt werden, dass nachdem die erste Version der VDS in Deutschland gescheitert war, die EU-Kommission eine Klage eingereicht hat. Jedoch gab es keine Strafen für die BRD, da der Europäische Gerichtshof die Richtlinie der EU von 2006 im Jahre 2014 als unwirksam erklärte (vgl. Datenschutz o.J.).

5.3 Bundestrojaner

Der Bundestrojaner ist eine Software zur Online-Durchsuchung und zur Quellen-Telekommunikationsüberwachung. Damit ist es den Anwendern möglich, direkt an der Quelle jegliche Art von Nachricht abzufangen und zu speichern. Diese Software hat zwei Ausführungen, wobei die erste etwas überpotent war. Sie konnte Dateien durchsuchen und verändern. Im Jahr 2011 fand der Chaos Computer Club dies heraus, weswegen

die erste Version des Trojaners gestoppt worden ist. Er konnte deutlich mehr machen, als ihm eigentlich per Gesetz erlaubt worden ist. In der darauf folgenden Version, welche 2016 freigegeben wurde, war es nur noch möglich, das Programm Skype zu überwachen. Das Bundeskriminalamt versucht seitdem, diese Software zu verbessern und den Nutzungsbereich zu vergrößern (vgl. Flade 2017).

5.4 BND-Gesetz

Als die NSA-Affäre herauskam, wurde auch bekannt, dass der Bundesnachrichtendienst (kurz BND) unerlaubt spioniert und unter anderem die gesammelten Daten an die NSA weitergab. Daraufhin wurde ein Gesetz im Jahre 2016 verabschiedet, welches dem BND erlaubt, Personen, die keine Angehörigen der BRD und der EU sind, weltweit abzuhören und von ihnen Metadaten zu sammeln. Außerdem bekommt der BND einen Vollzugriff für den Internetknoten DE-CIX, welcher der größte Knotenpunkt der Welt in Bezug auf den Durchsatz ist, und kann dort ungehindert Daten sammeln (vgl. Meister 2016). Größtes Problem an dem Gesetz ist, dass wie im Artikel „Ausländische Reporter klagen gegen BND-Gesetz“ von ZEIT ONLINE (2018) beschrieben wird, eine Art „Zwei-Klassen-Pressfreiheit“ entsteht.

5.5 Weitere Methoden

Die folgenden Methoden fördern die Überwachung innerhalb Deutschlands, jedoch haben sie im Moment nur einige wenige negative Aspekte.

Zunächst ist die Öffentlichkeitsfahndung nennenswert. Dabei werden von Verdächtigen oder Tätern (Phantom-)Bilder freigegeben, wodurch theoretisch jeder nach den Gesuchten Ausschau halten könnte. Somit können Täter schneller identifiziert und festgenommen werden. Ein Problem dabei ist jedoch die möglicherweise entstehende Selbstjustiz einiger Personen. Der Bezug zum Überwachungsstaat geht hier ganz klar von den Bürgern aus, da diese hier wie „mobile Kameras“ agieren.

Als nächstes sollten die sogenannten Bodycams einmal betrachtet werden. Diese Kameras, welche sich an den Westen der Polizisten befinden können, werden durch Zuruf aktiviert. Es ist somit möglich, bestimmte Situationen, wie zum Beispiel die Festnahme eines Verdächtigen aufzuzeichnen (vgl. Mühlenmeier 2017). Es ist natürlich auch möglich, diese Kameras permanent zu aktivieren und damit die Bürger zu überwachen –was jedoch nicht ihrer eigentlichen Aufgabe entsprechen würde.

Eine der kritischsten Methoden ist die Gesichtserkennungssoftware. In Deutschland findet sie bis jetzt nur an ausgewählten Orten Anwendung. Sie soll dazu dienen, die Aufklärung von Verbrechen zu beschleunigen (vgl. SPIEGEL ONLINE 2017). Durch die Software wird es jedoch auch möglich, jede Person innerhalb des Landes zu überwachen und Verhaltensmuster von ihnen aufzuzeichnen, welche gegebenenfalls gegen sie verwendet werden können.

Zuletzt soll noch auf die Datensammlung durch Dritte bzw. über Dritte erwähnt werden, wie zum Beispiel die durch Payback. Payback sammelt Daten von Nutzern, speziell wie, wann und wo sie einkaufen. Diese Daten werden dann meist für Werbezwecke verkauft. Es ist somit möglich, den Nutzer bessere personalisierte Werbung zukommen zu lassen. Mit diesen Daten lässt sich aber auch sehr einfach ein Verhaltensmuster erstellen, was einen Überwachungsstaat wieder stärken würde. Bedenklich ist dies, da einige staatliche Institutionen Zugriff auf solche Daten haben, bzw. auf diese zugreifen können, wenn sie es für nötig halten.

6 Zusammenfassung

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie Institutionen Bürger überwachen können oder selbst von anderen überwacht und abgehört werden. Sei es durch (biometrische) Kameras, Beobachtung der Internetaktivitäten oder Abhören des Telefons, um nur ein paar Beispiele zu nennen. In unserer hochentwickelten Gesellschaft sind die möglichen Maßnahmen zur Überwachung so vielfältig und flächendeckend einsetzbar, dass der einzelne Bürger keine Möglichkeit hat, sich diesen vollständig zu entziehen. Ihn schützt allein das Gesetz, wenn es den Datenschutz zu einem persönlichen Recht erhebt.

Eine der Leitfragen die es noch zu beantworten gilt, ist: Welche Verantwortung hat die Informatik, beziehungsweise der einzelne Informatiker oder die einzelne Informatikerin? Eine weit verbreitete Auffassung dazu ist, dass die ganze Verantwortung innerhalb der Informatik liegt und jeder einzelne Programmierer oder jede einzelne Programmiererin zum Wohle aller handeln soll. Der moralische Praxisgedanke wird mit dieser starren Erwartungshaltung an der Realität brechen. Viele Projekte und Programme werden mit guter Absicht umgesetzt und entwickelt. Die entscheidende Frage lautet, ob diese dem allgemeinen Wohl ein förderliches Instrument werden, ob sie neben der Förderung des Allgemeinwohls auch auf die Bedürfnisse und Rechte von Privatpersonen in ausreichendem Maße Rücksicht nehmen. Zum Beispiel könnten biometrische Kameras dabei helfen, schneller Straftaten aufzuklären und Täter zu fassen. Genauso gut

können sie aber auch zur Überwachung dienen und Bewegungsprotokolle einer jeden Person erstellen, die sich im Blickfeld von Kameras befinden. Der Informatiker oder die Informatikerin soll nicht komplett aus der Verantwortung gezogen werden, jedoch sollte man immer bedenken, dass alles in den falschen Händen negative Auswirkungen haben kann. Aus diesem Grund liegt die eigentliche Verantwortung bei der Politik. Sie hat durch Gesetze und Verordnungen einen Rahmen zu schaffen, in dem die individuelle Freiheit eines Einzelnen geschützt ist.

Eine weitere zentrale Frage innerhalb dieses Seminars war außerdem: Inwiefern lässt sich dieses Thema in der Schule integrieren? Innerhalb des Rahmenlehrplans von Sachsen-Anhalt wird es zwei große Themengebiete geben, wo dieses Thema eingebracht werden kann. Im Fach „Lernmethoden, Arbeit am PC und moderne Medienwelten“ soll in der Jahrgangsstufe 9 der Kompetenzschwerpunkt „Die Digitalisierung des Lebens untersuchen und bewerten“ (Bildungsserver Sachsen-Anhalt 2016, S. 27) behandelt werden. Dabei sollen die Auswirkungen der Digitalisierung in den verschiedenen Lebensbereichen besprochen werden. Hier kann zum Beispiel auf die Aadhaar-Datenbank oder auch die NSA-Affäre eingegangen werden. Von besondere Interesse könnte jedoch, genauso wie im Vortrag, das Punktesystem in China werden. Es ist eine andere Art der Digitalisierung, mit der sich die Schüler und Schülerinnen bestimmt noch nicht auseinander gesetzt haben. Es liefert daher genügend Materialien für Diskussionen, welche besonders in diesem Fach gewünscht sind. Eine andere Möglichkeit bestände darin, in das Thema in der Oberstufe zu behandeln. Im vierten Kurshalbjahr steht folgender Aspekt in Vordergrund: „Aktuelle Entwicklungen der Informatik im gesellschaftlichen Kontext“ (Bildungsserver Sachsen-Anhalt 2017, 24). Dabei steht eher die technische Seite der Thematik im Vordergrund. Es besteht jedoch die Möglichkeit, verschiedene Diskussionen mit einzubauen. Um dieses Thema jedoch in seiner kompletten Breite betrachten zu können, ist fächerübergreifender Unterricht am sinnvollsten. Dafür eignen sich vorrangig das Fach Deutsch, aber auch Englisch, Philosophie oder Sozialkunde. Im Informatikunterricht könnten die technischen Möglichkeiten und deren Umsetzung besprochen werden, auch könnten eigene kleine Projekte von den Schülerinnen und Schülern realisiert werden. In Deutsch oder Englisch können verschiedene literarische Dystopien behandelt werden und wie die Autoren mit diesen einen totalen Überwachungs- und Präventionsstaat darstellen. In Philosophie vor allem die Frage, welchen Einfluss es auf das gesellschaftliche und soziale Leben haben kann, wenn niemand mehr Geheimnisse haben kann, jede Persönlichkeit transparent zur Verfügung steht. Die rechtlichen Grundlagen können in Sozialkunde besprochen werden, vor allem

die Frage, ob Bewertungssysteme wie in China auch in Deutschland Realität werden können.

7 Quellenverzeichnis

Alle Links wurden im Juli 2018 überprüft.

Beuth, Patrick (2013): Alles Wichtige zum NSA-Skandal - Welche Daten sammelt die NSA, was ist Prism und wie reagieren die Überwachten? Aktuelle Entwicklungen und ein Überblick über die Snowden-Enthüllungen seit Juni 2013

Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/digital/datenschutz/2013-10/hintergrund-nsa-skandal>

Bildungsserver Sachsen-Anhalt (2016): Rahmenlehrplan Gymnasium - Lernmethoden, Arbeit am PC und moderne Medienwelten

https://www.bildung-lsa.de/pool/RRL_Lehrplaene/Erprobung/Gymnasium/RPL_Gym_Lernmeth_LT.pdf?rl=106

Bildungsserver Sachsen-Anhalt (2017): Rahmenlehrplan Gymnasium – Informatik

https://www.bildung-lsa.de/pool/RRL_Lehrplaene/Erprobung/Gymnasium/FLP_Gym_Informatik_LT.pdf?rl=10

Datenschutz (o.J.): Vorratsdatenspeicherung – Stehen alle Menschen unter Generalverdacht?

<https://www.datenschutz.org/vorratsdatenspeicherung/>

Denninger, Erhard (2002): Verwundbarkeit hochindustrieller Gesellschaften – Innere Sicherheit – Demokratie

<https://www.bpb.de/apuz/27046/freiheit-durch-sicherheit?p=all>

Dudenredaktion (o.J.): postfaktisch

<https://www.duden.de/node/1061053/revisions/1650693/view>

Dudenredaktion (o.J.): Dystopie

<https://www.duden.de/rechtschreibung/Dystopie>

Dudenredaktion (o.J.): totalitär

<https://www.duden.de/rechtschreibung/totalitaer>

Dudenredaktion (o.J.): Überwachungsstaat

<https://www.duden.de/rechtschreibung/Ueberwachungsstaat>

Dudenredaktion (2015): Lauschangriff

<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/recht-a-z/22513/lauschangriff>

Flade, Florian (2017): Der Bundestrojaner – das kann er, und das nicht

<https://investigativ.welt.de/2017/07/26/der-bundestrojaner-das-kann-er-und-das-nicht/>

Herforth, Maria-Felicitas (2009): Erläuterungen zu George Orwell, 1984 (Nineteen eighty-four), 4.Auflage, Hollfeld: Bange

Landwehr, Andreas (2018): China schafft digitales Punktesystem für den "besseren" Menschen

<https://www.heise.de/newsticker/meldung/China-schafft-digitales-Punktesystem-fuer-den-besseren-Menschen-3983746.html?seite=all>

Lee, Felix (2017): Die AAA-Bürger

<https://www.zeit.de/digital/datenschutz/2017-11/china-social-credit-system-buergerbewertung/komplettansicht>

Lindner, Roland (2017): Darum wird „1984“ plötzlich wieder zum Bestseller

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/george-orwells-roman-1984-wird-wieder-bestseller-14771376.html>

Kaiser, Nick (2018): Reis gegen Fingerabdruck: Digitalwahn und Hunger in Indien

<https://www.heise.de/newsticker/meldung/Reis-gegen-Fingerabdruck-Digitalwahn-und-Hunger-in-Indien-4009165.html?seite=all>

Kühl, Eike (2010): Indien scannt all seine Einwohner

<https://www.zeit.de/digital/datenschutz/2010-09/indien-biometrie-ausweis/komplettansicht>

Meister, Andre (2016): Das neue BND-Gesetz: Alles, was der BND macht, wird einfach legalisiert. Und sogar noch ausgeweitet.

<https://netzpolitik.org/2016/das-neue-bnd-gesetz-alles-was-der-bnd-macht-wird-einfach-legalisiert-und-sogar-noch-ausgeweitet/>

Mühlenmeier, Lennart (2017): Chronik des Überwachungsstaates

<https://netzpolitik.org/2017/chronik-des-ueberwachungsstaates/>

n-tv.de (2016): Gigantische Hightech-Volkszählung - Indien scannt eine Milliarde Menschen

ein

<https://www.n-tv.de/wissen/Indien-scannt-eine-Milliarde-Menschen-ein-article17386596.html>

Niesen, Claudia (2017): Alles Wichtige zur NSA-Affäre - Der Abhörskandal um die Geheimdienste NSA und BND hat die Öffentlichkeit über Jahre beschäftigt. Worum ging es da eigentlich noch? Ein Überblick.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/nsa-affaere-worum-geht-es-a-1134779.html>

o.A. (0.J): Vorratsdatenspeicherung

<https://de.wikipedia.org/wiki/Vorratsdatenspeicherung>

SPIEGEL ONLINE (2017): De Maizière verlängert umstrittene Tests zur Gesichtserkennung

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/bahnhof-berlin-suedkreuz-testlauf-zur-gesichtserkennung-wird-verlaengert-a-1183528.html>

Statista (2018): Durchschnittliches Jahresgehalt eines Beschäftigten in China von 2006 bis 2016 (in Yuan)

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/219744/umfrage/durchschnittliches-jahresgehalt-eines-beschaefigten-in-china/>

Steinschaden, Jakob (2014): NSA-Überwachung: Verschlüsselung alleine wird uns nicht retten

https://www.netzpiloten.de/nsa-uberwachung-verschlüsselung-alleine-wird-uns-nicht-retten/?doing_wp_cron=1531388055.6194710731506347656250

Tandler, Agnes (2018): Indien hat eine Milliarde Menschen eingescannt

<https://www.tagesspiegel.de/politik/digitale-ueberwachung-indien-hat-eine-milliarde-menschen-eingescannt/20933596.html>

ZEIT ONLINE (2018): Ausländische Reporter klagen gegen BND-Gesetz

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-01/bundesnachrichtendienst-bnd-gesetz-bundesverfassungsgericht-verfassungsbeschwerde>